



**CPVO**

Community Plant Variety Office  
Gemeinschaftliches Sortenamt

# **INFORMATIONEN FÜR** **ANTRAGSTELLER**

***Haftungsausschlussklausel:***

***Die Informationen für Antragsteller wurden erstellt, um Antragstellern in leicht verständlicher Weise wichtige Punkte des Antragsverfahrens zu erklären. Das Gemeinschaftliche Sortenamt ist stets bemüht, diese Informationen auf dem neuesten Stand zu halten. Für den Fall, dass Einzelheiten in diesen Informationen für Antragsteller nicht im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften sind, so haben letztere Vorrang.***

<b>INFORMATIONEN FÜR ANTRAGSTELLER.....</b>	<b>1</b>
<b>1 EINHEITLICHES SORTENSCHUTZRECHT IN DER GESAMTEN EUROPÄISCHEN UNION.....</b>	<b>3</b>
<b>2 GEMEINSCHAFTLICHES SORTENAMT .....</b>	<b>3</b>
<b>3 SPRACHEN .....</b>	<b>3</b>
<b>4 VERÖFFENTLICHUNGEN .....</b>	<b>4</b>
4.1    AMTSBLATT DES GEMEINSCHAFTLICHEN SORTENAMTES .....	4
4.2    JAHRESBERICHT .....	4
4.3    WEBSITE DES GEMEINSCHAFTLICHEN SORTENAMTES.....	4
<b>5 BEANTRAGUNG EINES GEMEINSCHAFTLICHEN SORTENSCHUTZRECHTES – WANN, WO, WIE UND WER?.....</b>	<b>4</b>
5.1    WANN ? .....	4
5.2    Wo ? .....	5
5.3    WIE ?.....	5
5.4    WER - .....	7
<b>6 ORIGINALUNTERLAGEN .....</b>	<b>7</b>
<b>7 GEBÜHREN, WOFÜR, WIE VIEL, WIE UND WANN IST ZU ZAHLEN?.....</b>	<b>8</b>
<b>8 VERFAHRENSBEZOGENE ASPEKTE.....</b>	<b>9</b>
8.1    FORMULAR FÜR EINGANGSBESTÄTIGUNGEN .....	9
8.1.1 Bei vollständigem Antrag „R-Formular“.....	9
8.1.2 Bei noch nicht gültigem Antrag „No-Formular“.....	9
8.1.3 Das „C-Formular“ .....	9
8.2    VERÖFFENTLICHUNG.....	9
8.3    TECHNISCHE PRÜFUNG.....	9
8.4    „ÜBERNAHME“ DER TECHNISCHEN BERICHTE.....	10
8.5    STICHTAGE FÜR PRÜFUNGSERIODEN .....	10
<b>9 SORTENBEZEICHNUNGEN .....</b>	<b>10</b>
<b>10 ENTSCHEIDUNGSPROZESS.....</b>	<b>11</b>
<b>11 GEMEINSCHAFTLICHES SORTENSCHUTZRECHT .....</b>	<b>11</b>
<b>12 BESCHWERDEN.....</b>	<b>11</b>
<b>13 VERZICHT AUF RECHTE/ZURÜCKNAHME VON ANTRÄGEN .....</b>	<b>11</b>
13.1    VERZICHTE .....	11
13.2    ZURÜCKNAHMEN .....	11
<b>14 GELTENDMACHUNG VON RECHTEN .....</b>	<b>12</b>
<b>15 VERBOT DES MEHRFACHSCHUTZES.....</b>	<b>12</b>
<b>16 ANTRAG AUF BEGLAUBIGTE KOPIEN VON PRÜFBERICHTEN, ANTRÄGEN UND DOKUMENTEN ÜBER ERTEILTE SORTENSCHUTZRECHTE .....</b>	<b>13</b>
16.1    ANTRAG AUF BEGLAUBIGTE KOPIEN VON PRÜFBERICHTEN ZUM ZWECK DES AUSTAUSCHES VON ERGEBNISSEN TECHNISCHER PRÜFUNGEN ZWISCHEN SORTENSCHUTZBEHÖRDEN .....	13
16.2    ANTRAG AUF BEGLAUBIGTE KOPIEN VON ANTRÄGEN UND DOKUMENTEN ÜBER ERTEILTE SORTENSCHUTZRECHTE ZUM ANTRAG AUF ZEITVORRANG ODER FÜR GERICHTLICHE VERFAHREN .....	13
<b>Anhang I</b>	<b>Hinweise zum Ausfüllen des Antragsformulars</b>
<b>Anhang II</b>	<b>Gebührenstruktur</b>
<b>Anhang III</b>	<b>Gebühren für Technische Prüfungen</b>

## 1 EINHEITLICHES SORTENSCHUTZRECHT IN DER GESAMTEN EUROPÄISCHEN UNION

Ein gemeinschaftliches Schutzrecht für Pflanzensorten<sup>1</sup> ist ein geistiges Eigentumsrecht wie ein Patent, das jedoch für Pflanzensorten bestimmt ist, von denen Vermehrungsmaterial und Erntegut erzeugt und in Verkehr gebracht wird. In der Vergangenheit konnten Pflanzenzüchter in den meisten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union nationale Sortenschutzrechte beantragen. Ein solcher Schutz war und ist auf das Gebiet jedes einzelnen Mitgliedstaates begrenzt; der Antrag auf Sortenschutz musste bei der zuständigen Behörde in jedem dieser Mitgliedstaaten gestellt werden.

Seit dem 27. April 1995 können Züchter den Sortenschutz in der gesamten Europäischen Union durch einen einzigen Antrag beim Gemeinschaftlichen Sortenamte (dem „Amt“) erhalten; der Sortenschutz kann durch eine einzige Entscheidung dieses Amtes gewährt werden.

## 2 GEMEINSCHAFTLICHES SORTENAMT

Das Gemeinschaftliche Sortenamte ist ein unabhängiges Organ der Europäischen Union. Es ist ausschließlich verantwortlich für die Umsetzung des Systems gemeinschaftlicher Sortenschutzrechte.

Der Standort dieses Amtes wurde durch eine vom Rat der Europäischen Union getroffene Entscheidung in Angers (Frankreich) festgelegt. Das Amt hat am 15. Juni 1995 seine Arbeit aufgenommen und ist unter der folgenden Adresse erreichbar:

	<b>Gemeinschaftliches Sortenamte</b>	
Postanschrift:	CS 10121	Besucheradresse: 3, Boulevard Foch
	FR - 49101 ANGERS CEDEX 2	FR - 49021 Angers
	FRANKREICH	Frankreich
	Tel.: 33-2-41 25 64 00	
	Fax: 33-2-41 25 64 10	
	E-Mail: <a href="mailto:cpvo@cpvo.europa.eu">cpvo@cpvo.europa.eu</a>	
	Website: <a href="http://cpvo.europa.eu">cpvo.europa.eu</a>	

## 3 SPRACHEN

Anträge an das Amt und die zu deren Bearbeitung erforderlichen Unterlagen sind in einer der Amtssprachen der Europäischen Union einzureichen. Die im eingereichten Antrag verwendete Sprache wird zunächst für das Verfahren vor dem Amt genutzt. Der Antragsteller oder Rechteinhaber kann die Verfahrenssprache jedoch zu einem späteren Zeitpunkt, insbesondere bei Übertragung des Antrages oder der Rechte oder bei Wechsel des Verfahrensvertreters, ändern lassen.

Formulare wie technische Fragebögen sind in den meisten Fällen in Englisch, Französisch, Deutsch, und Niederländisch vorhanden.

Die Bescheinigung über die Erteilung eines Schutzrechtes erfolgt in der vom Antragsteller im Antragsformular angegebenen Sprache.

Jede Verfahrenspartei ist berechtigt, jede der Amtssprachen der Europäischen Union zu verwenden.

---

<sup>1</sup> Durch die Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates vom 27. Juli 1994 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (Abl. Nr. L 227 vom 1.9.1994) errichtet.

## 4 VERÖFFENTLICHUNGEN

### 4.1 Amtsblatt des Gemeinschaftlichen Sortenamtes

Sechs Ausgaben des Amtsblattes des Gemeinschaftlichen Sortenamtes werden im Jahr auf der Webseite des Amtes veröffentlicht und erscheinen alle zwei Monate. Darin aufgeführt sind Einzelheiten über Anträge auf und Erteilungen von gemeinschaftlichen Sortenschutzrechten, Vorschläge für Sortenbezeichnungen, Zurücknahmen von Anträgen, Beschlüsse, Beendigungen des Sortenschutzes, Beschwerden, eine Liste mit den Antragstellern für und den Inhabern von gemeinschaftlichen Sortenschutzrechten, ursprünglichen Züchtern von Sorten und Verfahrensvertretern, vorgeschlagenen und genehmigten Bezeichnungen sowie sonstigen einschlägigen Informationen. Ab Veröffentlichung des Sortenschutzantrages genießt eine Sorte provisorischen Schutz gemäß Artikel 95 der Verordnung 2100/94.

In einer Sonderausgabe (S2), die gleichzeitig mit jedem Amtsblatt auf der Webseite des Amtes veröffentlicht wird, sind die Anforderungen des Sortenamtes in Bezug auf die Stichtage für die Einreichung von Anträgen und die Vorlage von Pflanzenmaterial für die wichtigsten Arten zusammengestellt.

### 4.2 Jahresbericht

Jedes Jahr veröffentlicht das Amt einen Jahresbericht mit einer Übersicht über die Hauptaktivitäten des Amtes im vergangenen Jahr und einem Anhang mit einer Liste mit den geschützten Sorten per 31.12. einschließlich der Namen der Inhaber der gemeinschaftlichen Sortenschutzrechte, der ursprünglichen Züchter der Sorten und der Verfahrensvertreter.

Der Jahresbericht des Gemeinschaftlichen Sortenamtes steht in gedruckter Form zur Verfügung; der Anhang zum Jahresbericht ausschliesslich in elektronischer Form auf der Webseite des Amtes einsehbar (<http://publications.europa.eu>).

### 4.3 Website des Gemeinschaftlichen Sortenamtes

Die Internetadresse lautet: [www.cpvo.europa.eu](http://www.cpvo.europa.eu). Auf dieser Website sind neben anderen Informationen der Aufbau des Amtes, Kontaktpersonen, einschlägige Rechtsvorschriften, Informationen für Antragsteller, Formulare, Anträge und erteilte Sortenschutzrechte sowie eine regelmäßig aktualisierte Fassung der neuesten Nachrichten aufgeführt. Seit März 2007 können Kunden Ihre Anträge mittels des CPVO Kunden-Extranets einsehen.

Falls Sie diese Möglichkeit nutzen möchten, nehmen Sie bitte Kontakt mit dem Amt auf das Ihnen das Login und das Passwort schicken wird.

Seit März 2010 besteht die Möglichkeit, für bestimmte Arten Anträge elektronisch durch das Kunden-Extranet zu stellen.

Wenn Sie Ihren ersten Antrag stellen, kreieren Sie bitte selbst Ihr provisorisches Konto auf der Webseite mit eingeschränktem Zugangsbereich. Anschließend erhalten Sie das definitive Login und Passwort sowie ein Kundenblatt mit der Bitte, die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu prüfen. Danach folgen Sie bitte den Anweisungen für on-line Anträge.

## 5 BEANTRAGUNG EINES GEMEINSCHAFTLICHEN SORTENSCHUTZRECHTES – WANN, WO, WIE UND WER?

### 5.1 Wann ?

Ein Gemeinschaftliches Sortenschutzrecht kann nur erteilt werden, wenn die Sorte neu ist. Eine Sorte gilt als nicht neu wenn Sortenbestandteile oder Erntegut vom Züchter oder mit dessen Zustimmung zur wirtschaftlichen Nutzung an andere abgegeben wurde

- Innerhalb der Europäischen Union länger als ein Jahr vor dem Antragsdatum
- Ausserhalb der Europäischen Union länger als vier Jahre oder, für Bäume und Reben, sechs Jahre vor dem Antragsdatum.

Es obliegt dem Antragsteller sicherzustellen, dass Verkauf oder ähnliche Nutzung der Sorte nicht vor dem oben erwähnten Zeitpunkt stattfanden.

Folgende Nutzungsarten gelten als nicht neuheitsschädlich:

- Die Abgabe an eine amtliche Stelle aufgrund gesetzlicher Regelungen oder an andere aufgrund eines Vertrages zum ausschliesslichen Zweck der Erzeugung, Vermehrung, Aufbereitung oder Lagerung solange der Züchter die ausschliessliche Verfügungsbefugnis behält und keine weitere Abgabe erfolgt
- Die Abgabe von Material das aus Pflanzen die für Versuchszwecke angebaut wurden oder zum Zweck von Züchtung, oder der Entdeckung und Entwicklung anderer Sorten angebaut wird und nicht zur weiteren Fortpflanzung oder Vermehrung verwendet wird (sofern nicht für die Zwecke dieser physische Abgabe auf die Sorte Bezug genommen wird)
- Zurschaustellung der Sorte auf einer amtlichen oder amtlich anerkannten Ausstellung

Wenn das Datum des ersten Inverkehrbringens festgestellt wird oder wenn der Antragsteller Belege vorlegt um das Datum des ersten Inverkehrbringens nachträglich zu ändern, dann prüft das Gemeinschaftliche Sortenamtsamt, wann die physische Abgabe der Sorte oder ihrer Bestandteile oder von Erntegut zu wirtschaftlichen Zwecken stattgefunden hat.

Im Allgemeinen wird als Zeitpunkt des ersten Inverkehrbringens von Sortenbestandteilen oder Erntegut das auf der Rechnung, Lieferschein oder dgl. genannte Datum als Datum der Abgabe zu wirtschaftlichen Nutzung im Sinne von Artikel 10 Der Grundverordnung angesehen. Wenn jedoch der Antragsteller ein anderes Datum geltend machen will, so berücksichtigt das Amt auch jeden anderen Beweis, z.B. Verträge zur Eigentumsübergabe von Pflanzenmaterial.

## 5.2 Wo ?

Entweder stellen Sie den Antrag für Gemeinschaftlichen Sortenschutz elektronisch oder durch das Ausfüllen von Formularen, die Sie dem Amt per Post zuschicken.

Detaillierte Informationen über Online-Anmeldungen stehen auf der Webseite des Amtes zur Verfügung (on-line help). Im Falle eines Antrages mit Papierformularen, beachten Sie bitte die folgenden Hinweise:

Sie können Ihren Antrag direkt beim Amt oder bei einer der im Amtsblatt (Teil B) aufgeführten nationalen Dienststellen der Mitgliedstaaten einreichen. Die Wahl des Adressaten liegt ganz beim Antragsteller. Als Antragsdatum und als Datum für den Zeitvorrang wird gegebenenfalls der Tag des ersten Eingangs bei dem jeweiligen Amt zugewiesen. Wenn Sie den Antrag über eine nationale Dienststelle einreichen, sollten Sie sich jedoch des Folgenden bewusst sein:

- Die nationale Dienststelle ist nicht verpflichtet, Ihren Antrag zu bearbeiten; ihre Rolle ist auf eine „Briefkastenfunktion“ und auf die Übermittlung der eingegangenen Dokumente an das Amt beschränkt.
- Sie müssen eine getrennte Mitteilung gemäß Artikel 49 der Verordnung 2100/94 (EG) über die Einreichung eines Antrages bei einer nationalen Dienststelle direkt an das Amt senden. Andernfalls könnte ein späteres Antragsdatum zugewiesen werden.
- Der Antrag, der technische Fragebogen, der vertrauliche Teil des technischen Fragebogens (falls anwendbar) und die Fotografien sind **in dreifacher Ausführung** bei den nationalen Dienststellen (und lediglich in **zweifacher Ausführung** bei direkter Einreichung des Antrages beim Amt) einzureichen.
- Die Zahlung erfolgt in allen Fällen direkt auf das Bankkonto des Gemeinschaftlichen Sortenamtes.

## 5.3 Wie ?

Formulare können entweder von der Webseite des Sortenamtes (siehe oben) heruntergeladen werden oder beim Amt bestellt werden (bei der Bestellung bitte die gewünschte Sprache sowie die Arten angeben, für die Sie die Formulare benötigen). Wir machen Sie auf folgende Formulare aufmerksam:

#### **a. Antragsformular -**

Dient als Grundlage für Festsetzung des Antragsdatums gemeinsam mit dem technischen Fragebogen. Bitte lesen Sie die „Hinweise zum Ausfüllen des Antragsformulars“, füllen Sie es sehr sorgfältig aus und beantworten Sie alle Fragen; vermerken Sie „entfällt“, sofern ein Feld nicht zutrifft. Anhang I enthält nützliche Erklärungen zum Ausfüllen des Antragsformulars.

#### **Zustellung und das Erfordernis einer E-Mail-Adresse**

Seit April 2014 werden Schutztitel nur elektronisch zugestellt. Antragsteller ohne Verfahrensvertreter sowie alle Verfahrensvertreter müssen daher eine E-Mail-Adresse im Antragsformular angeben.

#### **b. Technischer Fragebogen -**

Der technische Fragebogen dient als für die technische Prüfung erforderliche Basisinformation. Der Verwaltungsrat des Amtes hat für die wichtigsten Arten Prüfungsrichtlinien verabschiedet. Da er aber noch nicht für alle Gattungen und Arten des Pflanzenreiches Prüfungsrichtlinien verabschiedet hat, müssen Sie den allgemeinen technischen Fragebogen des Amtes verwenden. Für Zierpflanzen gibt es kulturspezifische technische Fragebögen (z.B. Topfpflanzen). Für die wichtigsten Arten kann ein technischer Fragebogen von der Website des Amtes heruntergeladen werden. Sollte der gewünschte technische Fragebogen online nicht verfügbar sein, wenden Sie sich bitte an das Amt.

#### **c. Technischer Fragebogen (vertraulicher Teil) -**

Bietet Züchtern von Hybridsorten die Möglichkeit, die vertrauliche Behandlung von Daten hinsichtlich der Komponenten zu beantragen.

#### **d. Vorschlag für eine Sortenbezeichnung -**

Ein Vorschlag für eine Sortenbezeichnung muss nicht bei Einreichung des Antrags erfolgen, aber er sollte sobald wie möglich danach eingereicht werden, um Verzögerungen bei der Erteilung eines gemeinschaftlichen Sortenrechtes zu vermeiden (bitte beachten Sie, dass jeder Vorschlag im Amtsblatt des Sortenamtes veröffentlicht werden muss und innerhalb von 3 Monaten Einwände gegen ihn erhoben werden können). Gemäß der Verordnung 2100/94 des Rates und den in der Verordnung 874/2009 niedergelegten Durchführungsvorschriften ist das Amt zur Ablehnung eines Antrages verpflichtet, zu dem kein Vorschlag für eine Sortenbezeichnung unterbreitet wurde, auch wenn sämtliche anderen Verfahren, wie die technische Prüfung, abgeschlossen sind. Die zentrale Datenbank für Sortenbezeichnungen („Variety Finder“) ist auf der Webseite des Sortenamtes zu finden und kann von Antragstellern zur Prüfung von ähnlichen Sortenbezeichnungen genutzt werden. Eine vorläufige Sortenbezeichnung (Referenz des Züchters) ist in jedem Fall mit der Anmeldung anzugeben.

#### **e. Benachrichtigungsformular:**

Ist nur zu verwenden, wenn Sie Ihren Antrag bei den nationalen Dienststellen eingereicht haben und daher das Amt direkt informieren müssen.

#### **f. Angaben zur Zahlung von Gebühren -**

Dienen als Informationen für das Amt, um den Zweck aller Zahlungen festzustellen, die Sie an das Amt leisten. Wir empfehlen nachdrücklich die Verwendung dieses Formulars: Sie können hier den überwiesenen Geldbetrag sowie den Namen Ihrer Bank und den Namen des Zahlenden angeben sofern diese Angaben nicht mit dem Antragsteller oder Verfahrensvertreter identisch sind. Bitte tragen Sie hier keine Kontoverbindung ein. Bei Bedarf tritt ein Buchhalter des Amtes mit Ihnen in Verbindung.

#### **g. Einreichung von Farbfotografien für bestimmte Anträge**

Sie sind verpflichtet, für alle Obst- und Zierpflanzensorten bei Antragstellung als Anhang zum technischen Fragebogen Farbfotografien in doppelter Ausführung einzureichen. Da die Vorlage von Fotografien für die Durchführung der technischen Prüfung als notwendig erachtet wird, werden die Antragsteller gebeten, eine Fotografie der ganzen Pflanze sowie gegebenenfalls eine Nahaufnahme der Blüte/Frucht bzw. jedes anderen wichtigen Teils der Pflanze bereitzustellen (vgl. die Hinweise zum Erstellen von Fotografien auf der Homepage des Amtes).

## 5.4 Wer -

Ein Antrag auf Gemeinschaftlichen Sortenschutz kann von natürlichen oder juristischen Personen gestellt werden oder von Körperschaften, die durch das auf sie anwendbare Recht als juristische Person anerkannt sind. Ein Antrag kann von mehreren solcher Personen gemeinsam gestellt werden.

Wenn zwei oder mehr Antragsteller gemeinsam auftreten und kein Verfahrensvertreter bestimmt wurde, so wird der im Antragsformular für ein Gemeinschaftliches Sortenschutzrecht an erster Stelle genannte Antragsteller durch das Amt zum Verfahrensvertreter bestimmt es sei denn, das Amt ist in Besitz gegenteiliger Informationen; die Verfahrensvertretertschaft erstreckt sich auch auf die Zurückziehung des Antrages oder die Aufgabe der Schutzrechte.

Antragsteller mit Sitz außerhalb der EU müssen einen Vertreter mit Sitz innerhalb der Europäischen Union ernennen . Formulare sind auf der Website verfügbar.

### Der Verfahrensvertreter

- **Antragsteller mit Sitz außerhalb der EU**

Wenn Sie nicht über eine Adresse im Gebiet der Europäischen Union verfügen, müssen Sie einen Verfahrensvertreter mit einer solchen Adresse ernennen, um Mitteilungen vom Amt zu erhalten. Unter diesen Umständen darf der Verfahrensvertreter nicht Ihr Angestellter sein. Das Formular zur Bestellung eines Verfahrensvertreters kann von der Webseite des Amtes heruntergeladen werden.

- **Antragsteller mit Sitz innerhalb der EU**

Wenn Sie über eine Adresse innerhalb der Europäischen Union verfügen, sind Sie nicht dazu verpflichtet, einen Verfahrensvertreter zu benennen; es steht Ihnen jedoch frei, dies zu tun, sofern Sie es wünschen. In diesem Fall darf der Verfahrensvertreter kein Angestellter sein. Das Formular zur Bestellung eines Verfahrensvertreters kann von der Webseite des Amtes heruntergeladen werden.

### Der Rechtsvertreter

Wenn der Antragsteller eine juristische Person (z. B. ein Unternehmen) und keine natürliche Person ist, müssen dem Amt Name und Adresse der natürlichen Person mitgeteilt werden, die unter geltendem nationalem Recht bevollmächtigt ist, die juristische Person zu vertreten.

### Der Ursprungszüchter und das Recht auf Antragstellung

Wenn der Ursprungszüchter nicht mit dem Antragsteller identisch ist, muss dem Amt ein Schriftstück vorgelegt werden, aus dem ersichtlich wird, wie der Antragsteller das Recht auf Antragstellung erworben hat. Der Ursprungszüchter (der die Rechte abtretende) muss dazu das Recht, einen Antrag auf gemeinschaftlichen Sortenschutz zu stellen und diese Rechte zu halten an den Antragsteller (Abtretungsempfänger) übertragen. Ohne Vorlage von Beweisen, dass eine Rechtsübertragung stattgefunden hat, wird kein Antragsdatum festgesetzt.

## 6 ORIGINALUNTERLAGEN

### Auf elektronisch Wege (on-line) gestellte Anträge:

Für elektronisch gestellte Anträge genügt es, die Schriftstücke zur Übertragung der Rechte an der Sorte sowie das Formular zur Benennung eines Verfahrensvertreters in gescannter Form dem Antrag zuzuhängen. Das Amt behält sich allerdings vor, die Originaldokumente anzufordern.

### Auf dem Postweg gestellte Anträge (Papierformulare):

Sämtliche von Parteien hinsichtlich eines Verfahrens eingereichten Unterlagen sind mit der Originalunterschrift in Tinte zu versehen; das Amt erkennt keine Fotokopien an. Die Schriftstücke zur Übertragung der Rechte an der Sorte sowie das Formular zur Benennung eines Verfahrensvertreters können als Kopie vorgelegt werden.

Sie können somit nachstehende Unterlagen per Fax oder per E-Mail ausschließlich an folgende Adresse gesandt werden: [cpvo@cpvo.europa.eu](mailto:cpvo@cpvo.europa.eu):

- Einwendung gegen die Erteilung eines gemeinschaftlichen Sortenschutzrechtes;
- Einreichung einer Beschwerde gegen eine Entscheidung des Amtes;
- schriftliche Begründung der Beschwerde;
- ein Schriftstück, das zur Unterstützung eines bereits eingereichten Antrags auf gemeinschaftlichen Sortenschutz übermittelt wurde, einschließlich eines Vorschlags für eine Sortenbezeichnung (Anm.: - kein Antragsformular an sich, neue Anträge müssen entweder elektronisch oder in Papierform gestellt werden);
- Schriftstück in Beantwortung eines Schreibens des Amtes mit einer Beantwortungsfrist;
- Verzichtserklärung auf ein gemeinschaftliches Sortenschutzrecht
- Zurücknahme eines Antrags.

## 7 GEBÜHREN, WOFÜR, WIE VIEL, WIE UND WANN IST ZU ZAHLEN?

Im Dezember 2016 wurde die Gebührenordnung durch die Durchführungsverordnung<sup>2</sup> (EG) Nr. 2016/2141 der Kommission vom 6. Dezember 2016 hinsichtlich der zu entrichtenden Jahresgebühren und Prüfungsgebühren geändert. Die entsprechenden Beträge und Erläuterungen sind in Anhang II aufgeführt.

Die Zahlung des entsprechenden Betrages in EURO muss per Überweisung auf das Konto bei folgender Bank erfolgen:

### CREDIT AGRICOLE DE L'ANJOU ET DU MAINE

<b>Bankcode</b> 17906	<b>Schaltercode</b> 00032	<b>Kontonummer</b> 15866548000	<b>RIB-Schlüssel</b> 44
<b>IBAN (International Bank Account Number)</b> FR76 1790 6000 3215 8665 4800 044		<b>Bank Identification Code (BIC) / SWIFT</b> AGRIFRPP879	

Das Amt nimmt **keine** Zahlungen per Scheck oder Barzahlungen an.

**Alle** durch Zahlungen an das Amt anfallenden Bankgebühren sind vom Überweisenden zu tragen ausser wenn Sie von grenzüberschreitenden Überweisungen Gebrauch machen. Dieses System ist anwendbar auf Überweisungen in EURO bis zu einem maximalen Betrag von € 50.000 innerhalb der Europäischen Union unter Angabe der IBAN und BIC Nummern des CPVO (siehe oben).

Die Termine für die Zahlung der Gebühren sind ebenfalls in Anhang II aufgeführt.

Besondere Aufmerksamkeit sollte der Antragsgebühr gewidmet werden, die die administrative Bearbeitung Ihres Antrages (einschließlich der Erteilung des gemeinschaftlichen Sortenschutzes) innerhalb des Amtes deckt. Sie müssen folgendermaßen vorgehen: Wenn Sie Ihren Antrag auf ein gemeinschaftliches Sortenschutzrecht einreichen, sollten Sie auch Ihrem Bankinstitut (oder Postamt) einen entsprechenden Auftrag für die Überweisung der Antragsgebühr in Höhe von **650 EURO** für Anträge, die in Papierform gestellt werden bzw. **450 EURO** für elektronisch gestellte Anträge auf das Bankkonto des Amtes erteilen. Wir empfehlen Ihnen auch dringend, das Formular „Angaben zur Zahlung von Gebühren“ auszufüllen, insbesondere dann, wenn Sie eine Zahlung für mehrere Anträge leisten.

Für alle folgenden Gebühren mit Bezug auf Ihren Antrag sendet Ihnen das Amt eine Zahlungsaufforderung zu, aus der das genaue Fälligkeitsdatum der Zahlung hervorgeht.

<sup>2</sup> Verordnung<sup>[1]</sup> (EG) Nr. 1238/95 der Kommission vom 31. Mai 1995 geändert durch Verordnung (EG) Nr. 329/2000 vom 12/02/2000, Nr. 569/2003 vom 29/03/2003, Nr. 1177/2005 vom 21/07/2005, Nr. 2039/2005 vom 14/12/2005, Nr. 572/2008 vom 20/06/2008, Nr. 1294/2014 vom 04/12/2014 und Nr. 2016/2141 vom 06/12/2016 (Für weitere Details verweisen wir auf unsere Webseite <http://www.cpvo.europa.eu>)



Das Fälligkeitsdatum der Zahlung entspricht dem Datum, an dem die Zahlung auf dem Bankkonto des Amtes eingegangen sein muss. Deshalb sollten Zahlungen rechtzeitig veranlasst werden, um die teilweise langen Bearbeitungszeiten der Banken beim Zahlungsverkehr zu kompensieren.

## 8 VERFAHRENSBEZOGENE ASPEKTE

### 8.1 Formular für Eingangsbestätigungen

#### 8.1.1 Bei vollständigem Antrag „R-Formular“

Nachdem Ihr Antrag beim Gemeinschaftlichen Sortenamts eingegangen ist und alle Anforderungen gemäß Artikel 50 der Verordnung 2100/94 des Rates erfüllt sind, sendet das Amt dem Antragsteller bzw. dem Verfahrensvertreter, sofern dieser benannt wurde, eine Empfangsbestätigung zu, aus der das Antragsdatum sowie das Aktenzeichen des Antrages hervorgehen. Bitte lesen Sie dieses Formular sorgfältig, da trotz Zuweisung eines Antragsdatums **gegebenenfalls zusätzliche Informationen vom Amt gefordert werden, sofern ein „R-Formular“ mit Bemerkungen ausgestellt wurde**. Das Aktenzeichen ist in jeglichem Schriftverkehr mit dem Amt in Bezug auf die spezielle Sorte aufzuführen.

#### 8.1.2 Bei noch nicht gültigem Antrag „No-Formular“

Ein „No-Formular“ wird ausgestellt und dem Antragsteller (oder dem Verfahrensvertreter) zugesandt, wenn im Antrag nicht alle Anforderungen gemäß Artikel 50 der Verordnung 2100/94 des Rates erfüllt wurden. Alle fehlenden Angaben werden in einem solchen „NO-FORMULAR“ angegeben. Ein Antragsdatum wird erst zugewiesen, wenn alle Mängel innerhalb von einem Monat ab dem Ausstellungsdatum des No-Formulars beseitigt wurden.

#### 8.1.3 Das „C-Formular“

Ein „C-Formular“ wird versandt, wenn die Antragsgebühr mehr als 14 Tage nach Versenden des „R-Formulars“ beim Amt eingegangen ist. Das Amt informiert damit den Antragsteller über das neue Antragsdatum, das aufgrund des verspäteten Zahlungseingangs geändert wurde.

Ein „C-Formular“ kann auch versandt werden, um den Antragsteller über die Vollständigkeit der Antragsunterlagen zu informieren; das heißt, das dem Antragsteller mitgeteilt wird, dass festgestellte Mängel in den Antragsunterlagen beseitigt worden sind oder einzelne Informationen weiterhin fehlen.

### 8.2 Veröffentlichung

Das Amt veröffentlicht auf seiner Webseite alle zwei Monate ein Amtsblatt mit allen Änderungen im Verzeichnis des Amtes während der vorherigen zwei Monate.

Beachten Sie bitte, dass nur vollständige Anträge, d.h. Anträge, denen ein Antragsdatum zugewiesen und für die die entsprechende Gebühr entrichtet wurde, im Amtsblatt des Gemeinschaftlichen Sortenamtes veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung eines Antrages ist insofern wichtig, als dass sie zum „provisorischen Sortenschutz“ gemäß Artikel 95 Verordnung 2100/94 des Rates führt.

### 8.3 Technische Prüfung

Weist der Antrag keinen Hinderungsgrund auf, so veranlasst das Amt eine technische Prüfung.

Die technische Prüfung einer Sorte auf Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit wird von Prüfungsämtern vorgenommen, die vom Verwaltungsrat des Amtes mit der Prüfung zugewiesener Arten beauftragt werden.

Die Entscheidung, wo diese Prüfung durchgeführt wird, ist von folgenden Kriterien abhängig: geografische Herkunft der Sorte, Herkunft des Antragstellers, praktische Erfahrung und Vollständigkeit der Vergleichssammlung eines eventuellen Prüfungsamtes in Bezug auf die zu prüfende Sorte. Diese Entscheidung wird ausschließlich vom Amt getroffen.

Nach Auswahl eines solchen Prüfungsamtes wird der Antragsteller vom Amt zur Unterbreitung des Pflanzenmaterials unter Angabe der Art des Materials, der erforderlichen Menge und Qualität sowie des Anlieferortes aufgefordert. Alle Fragen in Bezug auf die technische Prüfung

werden zwischen dem Antragsteller und dem Amt und nicht zwischen dem Antragsteller und dem Prüfungsamt geklärt. Jegliche direkt zwischen dem Antragsteller und dem Prüfungsamt ohne Einbeziehung des Gemeinschaftlichen Sortenamtes getroffene Vereinbarung ist für letzteres nicht rechtsverbindlich und kann zur Gefährdung des gesamten Verfahrens führen. Bitte beachten Sie, dass die Nicht-Unterbreitung des Materials gegebenenfalls zur Ablehnung des Antrages führt.

Für bestimmte Arten und unter bestimmten Bedingungen kann eine Aufschiebung der technischen Prüfung durch das CPVO erlaubt werden. Genaue Informationen sind auf der Webseite des Sortenamtes vorhanden unter „postponement of testing rules“.

Der Antragsteller erhält für jede Prüfungsperiode einen Zwischenbericht und nach Abschluss der Prüfung einen Abschlussbericht. Die Antragsteller können anschließend innerhalb von 2 Monaten dem Amt ihre Stellungnahme zu diesen Berichten unterbreiten.

#### **8.4 „Übernahme“ der technischen Berichte**

Wenn eine technische Prüfung entweder hinsichtlich der nationalen Zulassung oder im Hinblick auf die Erteilung eines nationalen Schutzrechtes innerhalb eines EU-Mitgliedstaates bereits durchgeführt wurde oder derzeit durchgeführt wird, so kann das Amt die Prüfungsberichte der zuständigen Ämter als ausreichende Grundlage für eine Entscheidung in Bezug auf Ihren Antrag auf gemeinschaftliches Sortenschutzrecht betrachten. Dies gilt jedoch nur für Berichte von Prüfämtern aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die vom Verwaltungsrat des Amtes für die Durchführung der technischen Prüfung von Sorten der betreffenden Art anerkannt sind oder – sofern kein anerkanntes Prüfamt in der EU verfügbar ist – aus Vertragsstaaten des Internationalen Verbandes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) und vorausgesetzt, die technische Prüfung wurde unter den gleichen wie unter Punkt 8.3 aufgeführten Bedingungen durchgeführt.

#### **8.5 Stichtage für Prüfungsperioden**

Das Amt legt Stichtage für die Einreichung des Antrags sowie Fristen für die Einreichung des Pflanzenmaterials fest. Ein Stichtag ist der letzte Termin, bis zu dem ein vollständiger Antrag (der Antrag muss ein Antragsdatum zugewiesen bekommen haben!) beim Amt einzureichen ist, um die technische Prüfung dieses Antrags in der nächsten Anbauperiode sicherzustellen. Diese Stichtage für die Einreichung der Anträge und des Pflanzenmaterials werden in der Sonderausgabe S2 des Amtsblattes auf der Website des Sortenamtes veröffentlicht.

## **9 SORTENBEZEICHNUNGEN**

Diese Regeln, die im Dokument „Richtlinien der Verwaltungstates zu Artikel 63“ aufgeführt sind, sind auf der Homepage des Amtes verfügbar. Es sind wichtige Vorschriften, die auf Artikel 63 der Verordnung des Rates über den gemeinschaftlichen Sortenschutz basieren.

Das Genehmigungsverfahren für eine Sortenbezeichnung erfolgt in mehreren Schritten. Erhält das Amt einen Vorschlag für eine Sortenbezeichnung, so wird diese Bezeichnung geprüft. Liegt ein Hinderungsgrund gegen diese Bezeichnung vor, wird der Antragsteller informiert und hat Gelegenheit zur Stellungnahme oder er kann einen neuen Vorschlag für eine Sortenbezeichnung unterbreiten. Liegt kein Hinderungsgrund vor, so wird die Bezeichnung im Amtsblatt veröffentlicht. Gemäß Artikel 59 Absatz 4 Buchstabe b der Verordnung 2100/94 des Rates können innerhalb von drei Monaten nach Antragsstellung Einwendungen gegen die vorgeschlagenen Sortenbezeichnungen erhoben werden. Wird weder eine Einwendung erhoben noch eine Beobachtung von anderen Prüfungsämtern gemeldet, kann die Sortenbezeichnung genehmigt werden. Diese Genehmigung findet zeitgleich mit der Erteilung des Schutzes statt. Nach Genehmigung der Bezeichnung und Erteilung des Schutzrechtes für diese Sorte ist diese Sortenbezeichnung verbindlich für sämtliche gewerbliche Zwecke zu verwenden.

Wird ein Warenzeichen mit der Bezeichnung in Verbindung gebracht, so muss die Sortenbezeichnung als solche leicht erkennbar sein.

## 10 ENTSCHEIDUNGSPROZESS

Nach Abschluss der technischen Prüfung werden, insofern keine Hinderungsgründe in Bezug auf die Sortenbezeichnung vorliegen und die Frist für die Einreichung von Kommentaren seitens des Antragstellers abgelaufen ist, der Berichtsentswurf und die technische Beschreibung des Antrages dem internen Ausschuss des Amtes zur Entscheidung unterbreitet. Dieser im Auftrag des Präsidenten des Amtes handelnde Ausschuss ist aus zwei fachlich geeigneten Mitgliedern sowie einem rechtskundigen Mitglied zusammengesetzt.

## 11 GEMEINSCHAFTLICHES SORTENSCHUTZRECHT

Nach Erteilung des Rechtes gilt der gemeinschaftliche Sortenschutz unter der Voraussetzung, dass die Jahresgebühren entrichtet werden, für eine Höchstdauer von 25 Jahren bzw. 30 Jahren bei Reben, Bäumen, und Kartoffeln.

## 12 BESCHWERDEN

Gemäß Artikel 67 der Verordnung 2100/94 des Rates kann eine Beschwerde vor der Beschwerdekammer gegen bestimmte Entscheidungen des Amtes eingelegt werden. Die Beschwerde ist innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung/Bekanntmachung der Entscheidung (Zustellung im Falle einer Beschwerde durch den Adressaten der Entscheidung; Bekanntmachung im Falle einer Beschwerde durch einen Dritten) schriftlich beim Amt einzulegen und innerhalb von vier Monaten nach dieser Zustellung oder Bekanntmachung der Entscheidung schriftlich zu begründen.

Die schriftliche Form bedarf der Unterzeichnung in Tinte durch den Beschwerdeführer oder dessen Verfahrensvertreter.

Ein Drittel (€ 500) der Beschwerdegebühr in der Gesamthöhe von € 1.500 ist am Datum des Eingangs der Beschwerde beim Amt zahlbar. Die restlichen zwei Drittel sind auf Anfrage des Amtes innerhalb eines Monats nach Vorlage der Beschwerde vor der Beschwerdekammer zahlbar.

## 13 VERZICHT AUF RECHTE/ZURÜCKNAHME VON ANTRÄGEN

Erläuterungen zum Verzicht oder zur Zurücknahme können auf elektronischem Wege eingereicht werden (als Anhang zu einer E-Mail). Sie können ebenfalls per Telefax, per Post oder persönlich eingereicht werden. Der Rechteinhaber kann auch einen Verfahrensvertreter mit der Aufgabe des Sortenschutzes beauftragen; dieser muss dazu jedoch in der Benennungsurkunde ausdrücklich dazu ermächtigt worden sein. Das Amt versendet Verzicht- und Zurücknahmebestätigungen.

### 13.1 Verzichte

Zur Vermeidung von Verbindlichkeiten in Bezug auf die nächste Jahresgebühr, ist beim Amt ein Verzichtsantrag einzureichen, **bevor** sich der Tag der Ersterteilung des Sortenschutzrechtes zum ersten Mal jährt. Ist dieses Datum für die Sorte bereits verstrichen, **so ist die Jahresgebühr fällig**.

### 13.2 Zurücknahmen

Im Falle von Anträgen, bei denen die technische Prüfung noch durchgeführt wird, wird die Gebühr für die technische Prüfung nicht erstattet. Zur möglichen Vermeidung unnötiger Prüfungsgebühren hat die Zurücknahme des Antrages **vor** Ablauf des Stichtages für die Vorlage des Materials beim Amt einzugehen.

## 14 GELTENDMACHUNG VON RECHTEN

Der Inhaber eines gemeinschaftlichen Sortenschutzrechtes ist befugt, bestimmte Handlungen in Bezug auf die geschützte Sorte vorzunehmen. Andere Personen, die diese Handlungen vorzunehmen beabsichtigen, müssen vorab die Genehmigung des Inhabers einholen, der seine Zustimmung gegebenenfalls von gewissen Bedingungen und Einschränkungen abhängig macht. Bei diesen Handlungen handelt es sich um:

- (a) Erzeugung oder Fortpflanzung (Vermehrung);
- (b) Aufbereitung zum Zweck der Vermehrung;
- (c) Anbieten zum Verkauf;
- (d) Verkauf oder sonstiges Inverkehrbringen;
- (e) Ausfuhr aus der Gemeinschaft;
- (f) Einfuhr in die Gemeinschaft;
- (g) Aufbewahrung zu einem der unter den Buchstaben (a) bis (f) genannten Zwecken.

Der Geltungsbereich des gemeinschaftlichen Sortenschutzrechtes erstreckt sich auf das Erntegut der Sorte (beispielsweise Obst und Schnittblumen, die in die Gemeinschaft importiert werden), insofern diese durch die unerlaubte Verwendung von Sortenbestandteilen der geschützten Sorte gewonnen wurden und der Züchter nicht die Gelegenheit hatte, sein Recht am Erzeugungsort geltend zu machen.

Eine Abweichung von diesem Recht stellt die so genannte Befreiung für Nachbau-Saatgut dar, die in Artikel 14 der Verordnung des Rates behandelt wird und lediglich auf eine Reihe landwirtschaftlicher Sorten Anwendung findet.

In Artikel 15 sind fünf Kategorien von Handlungen aufgeführt, die nicht unter das gemeinschaftliche Sortenschutzrecht fallen, von denen die wichtigsten wie folgt lauten:

- (a) Handlungen im privaten Bereich zu nicht gewerblichen Zwecken;
- (b) Handlungen zu Versuchszwecken und
- (c) Handlungen zur Züchtung, Entdeckung und Entwicklung anderer Sorten.

## 15 VERBOT DES MEHRFACHSCHUTZES

Das System des gemeinschaftlichen Sortenschutzrechtes dient nicht als Ersatz nationaler Systeme, sondern als Alternative zu diesen Systemen. In der Tat ist darauf hinzuweisen, dass es nicht möglich ist, gleichzeitig Inhaber von gemeinschaftlichen und nationalen Sortenschutzrechten für dieselbe Sorte zu sein. Ähnlich kann es auch kein gleichzeitiges Bestehen eines gemeinschaftlichen Sortenschutzrechtes und eines Patentbesitzes geben. Ein nationales Sortenschutzrecht oder Patent, das innerhalb des Gebietes der Europäischen Union für eine Sorte erteilt wird, für die bereits ein gemeinschaftliches Sortenschutzrecht besteht, ist ungültig. Wird ein gemeinschaftliches Sortenschutzrecht für eine Sorte erteilt, für die bereits ein nationales Recht oder ein Patent erteilt wurde, so wird das nationale Recht bzw. das Patent für die Gültigkeitsdauer des gemeinschaftlichen Sortenschutzrechtes außer Kraft gesetzt.

## **16 ANTRAG AUF BEGLAUBIGTE KOPIEN VON PRÜFBERICHTEN, ANTRÄGEN UND DOKUMENTEN ÜBER ERTEILTE SORTENSCHUTZRECHTE**

### **16.1 Antrag auf beglaubigte Kopien von Prüfberichten zum Zweck des Austausches von Ergebnissen technischer Prüfungen zwischen Sortenschutzbehörden**

Wenn ein Antragsteller **nach Stellung eines Antrages auf gemeinschaftlichen Sortenschutz** in anderen Ländern Sortenschutz beantragt, so ist es Sache des Antragstellers die dort zuständige Behörde über den zuvor beim Gemeinschaftlichen Sortenamnt (CPVO) gestellten Antrag zu informieren. Es liegt im Ermessen dieser Behörden, eine eigene technische Prüfung zu veranlassen oder aber Prüfberichte vom Gemeinschaftlichen Sortenamnt im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit bei der Sortenprüfung zu übernehmen.

Das Gemeinschaftliche Sortenamnt kann beglaubigte Kopien von Prüfberichten und – bei positiven Prüfberichten – Sortenbeschreibungen zur Verfügung stellen vorausgesetzt, dass die technische Prüfung vom CPVO veranlasst worden ist. Es ist UPOV-üblich, dass **diese Berichte nur zwischen Behörden und gegen eine Gebühr von 350 Schweizer Franken (entspricht 320 EUR) ausgetauscht werden; sie werden nicht an Antragsteller versandt.**

Das CPVO sollte zunächst von der nationalen Behörde, die Interesse an der Übernahme eines Prüfberichtes und einer Sortenbeschreibung hat, eine offizielle Anfrage (UPOV-Formular) erhalten. Das Amt wird – sofern verfügbar – daraufhin beglaubigte Kopien von Prüfbericht und Sortenbeschreibung anfertigen. Das CPVO schickt dem von der nationalen Behörde benannten Antragsteller oder Unternehmen eine Rechnung. Nach Zahlungseingang verschickt das CPVO erfragte Berichte per Einschreiben oder durch einen Internationalen Kurierdienst.

### **16.2 Antrag auf beglaubigte Kopien von Anträgen und Dokumenten über erteilte Sortenschutzrechte zum Antrag auf Zeitvorrang oder für gerichtliche Verfahren**

#### **a) zum Antrag auf Zeitvorrang:**

Wenn Sie beabsichtigen, aufgrund eines früheren Antrages auf gemeinschaftlichen Sortenschutz Zeitvorrang geltend zu machen, so senden Sie bitte einen schriftlichen Antrag an das CPVO unter Angabe der CPVO-Antragsnummer und des Landes in dem nachfolgend Sortenschutz beantragt wurde.

Das Amt bestätigt den Antragseingang und versendet per Email eine Rechnung von 20 EUR für bis zu 10 Seiten und 1 EUR für jede weitere Seite.

In anhängigen Verfahren (Sortenschutzanträge, die noch nicht rechtskräftig entschieden sind), können die Unterlagen zum Antrag auf Zeitvorrang umfassen:

- ein Begleitschreiben (eine Erklärung), das das u.a. das Land bezeichnet in das die Unterlagen versandt werden
- beglaubigte Kopien der Antragsunterlagen
- (sofern eingereicht) eine beglaubigte Kopie des Vorschlages für die Sortenbezeichnung
- (sofern Bestandteil der Antragsunterlagen) beglaubigte Kopien von Fotos
- sofern erforderlich Registerauszüge, die Änderungen zu den Angaben der Antragsunterlagen belegen

Bei abgeschlossenen Verfahren, in denen gemeinschaftlicher Sortenschutz erteilt wurde, können die Unterlagen zum Antrag auf Zeitvorrang umfassen:

- ein Begleitschreiben (eine Erklärung), das das u.a. das Land bezeichnet in das die Unterlagen versandt werden
- beglaubigte Kopien der Antragsunterlagen
- (sofern Bestandteil der Antragsunterlagen) beglaubigte Kopien von Fotos
- eine beglaubigte Kopie der Urkunde die den erteilten Sortenschutz ausweist

- sofern erforderlich Registerauszüge, die Änderungen zu den Angaben der Antragsunterlagen belegen

**b) bei gerichtlichen Verfahren (z.B. Verletzung von Sortenschutzrechten):**

sollten Sie beglaubigte Dokumente für gerichtliche Verfahren (z.B. im Falle einer Verletzung von Schutzrechten) benötigen, so beantragen Sie diese bitte beim Amt. In solchen Fälle kann Ihnen das Amt u.a. folgende Dokumente als beglaubigte Kopien zur Verfügung stellen:

- Urkunde über den erteilten Sortenschutz
- Entscheidung
- Sortenbeschreibung
- Fotos
- Übertragung des Sortenschutzrechtes/der Berechtigung zum Stellen eines Antrages auf Gemeinschaftlichen Sortenschutz
- Auszüge aus den Registern, die die gegenwärtige Sachlage wiedergeben

**ANHANG I**  
**Hinweise zum Ausfüllen des Antragsformulars**

**Für on-line Anträge verweisen wir Sie auf die on-line Hilfe unserer Homepage. Alle Erklärungen werden zu den einzelnen Fragen gegeben**

**Für Anträge in Papierform beachten Sie bitte die nachfolgenden Hinweise:**

**ALLGEMEINES**

Den Antrag bitte in Druckbuchstaben oder mit Schreibmaschine ausfüllen. Es ist wichtig, dass alle Felder des Formulars ausgefüllt werden; falls ein Feld nicht zutrifft, dieses bitte mit „entfällt“ kennzeichnen.

**DECKBLATT**

Bitte auf dem Deckblatt das botanische Taxon und die vorläufige Bezeichnung der anzumeldenden Sorte angeben.

Die folgenden Erläuterungen beziehen sich auf die entsprechenden Punkte im Antragsformular:

**PUNKT 1 - ANTRAGSTELLER**

Die natürliche Person, die eine juristische Person rechtmäßig vertritt, sollte die Person sein, die rechtmäßig befugt ist, im Auftrag der juristischen Person zu handeln, und deren Unterschrift für die juristische Person bindend ist.

**PUNKT 2 - VERFAHRENSVERTRETER**

In den Fällen, in denen ein Verfahrensvertreter zwingend erforderlich ist (für Antragsteller, die weder Wohnsitz, Sitz noch Niederlassung auf dem Gebiet der Europäischen Union haben), darf der Verfahrensvertreter kein Arbeitnehmer des Antragstellers sein.

Ist in Ihrem Fall ein Verfahrensvertreter nicht zwingend erforderlich, können Sie trotzdem einen solchen benennen. Die benannte Person darf kein Arbeitnehmer sein.

Sie können das Formular des Amtes „Benennung eines Verfahrensvertreters“ verwenden. Beachten Sie bitte, dass dieses Formular von der rechtmäßig benannten Person unterschrieben werden muss.

**PUNKT 4 – BEZEICHNUNG DER SORTE**

Der Vorschlag für eine Sortenbezeichnung muss nicht zum Zeitpunkt der Antragstellung eingereicht werden. Allerdings wird empfohlen, den Sortenbezeichnungsvorschlag so bald wie möglich nachzureichen. Der Sortenbezeichnungsvorschlag sollte in jedem Fall unter Verwendung des Formulars „Vorschlag für eine Sortenbezeichnung“ eingereicht werden. Der Sortenbezeichnungsvorschlag muss spätestens mit Abschluss der technischen Prüfung eingereicht werden. Eine vorläufige Sortenbezeichnung (Züchterreferenz) ist in jedem Fall bereits bei Antragstellung anzugeben.

**PUNKT 5 - URSPUNGSZÜCHTER**

Wenn der Ursprungszüchter der Sorte nicht mit der Person des Antragstellers identisch ist:

Der Ursprungszüchter **ist** Arbeitnehmer des Antragstellers: das Recht auf gemeinschaftlichen Sortenschutz richtet sich nach dem auf das Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis anwendbaren nationalen Recht; der Antragsteller muss Informationen zur nationalen Rechtslage beibringen.

Der Ursprungszüchter **ist kein** Arbeitnehmer des Antragstellers: Die entsprechenden Nachweise sind im Original oder als von der ausstellenden Behörde beglaubigte Abschriften beizufügen.

**PUNKT 6 – EINZELHEITEN ALLER BISHERIGEN ANTRÄGE**

Alle früheren Anträge für die gleiche Sorte bei anderen Behörden oder auch beim Gemeinschaftlichen Sortenamnt (im Falle eines erneuten Antrages)

Bitte alle Spalten ausfüllen (sofern zutreffend). Informationen zu Punkt 7 können dem Sortenamnt erlauben, eventuell Prüfungsergebnisse aus vorhergehenden Prozeduren für dieselbe Sorte zu verwenden. Dies kann zu Kostenersparnissen für den Antragsteller führen.

„**Staat**“ - bitte verwenden Sie folgende Länderkürzel (ISO Codes):

EU-Mitgliedsstaaten:

BE = Belgien, BG = Bulgarien, DK = Dänemark, DE = Deutschland, EE = Estland, FI = Finnland, FR = Frankreich, EL = Griechenland, IT = Italien, IE = Irland, HR = Kroatien, LV = Lettland, LT = Litauen, LU = Luxemburg, MT = Malta, NL = Niederlande, AT = Österreich, PL = Polen, PT = Portugal, RO = Rumänien, SE = Schweden, SK = Slowakei, SI = Slowenien, ES = Spanien, CZ = Tschechische Republik, HU = Ungarn, UK = Vereinigtes Königreich, CY = Zypern.

Am 29. Juli 2005 wurde die Europäische Union Mitglied in UPOV.

UPOV-Verbandsstaaten und Mitgliedsorganisationen:

OAPI = Afrikanische Organisation für geistiges Eigentum, AL = Albanien, AR = Argentinien, AU = Australien, AZ = Aserbaidshan, BO = Bolivien, BR = Brasilien, CL = Chile, CN = China, CR = Costa Rica, DO = Dominikanische Republik, EC = Ecuador, GE = Georgien, IS = Island, IL = Israel, JO = Jordanien, JP = Japan, CA = Kanada, KE = Kenia, KG = Kirgisistan, CO = Kolumbien, MA = Marokko, ME = Montenegro, MX = Mexiko, NZ = Neuseeland, NI = Nicaragua, NO = Norwegen, OM = Oman, PA = Panama, PY = Paraguay, PE = Peru, MD = Republik Moldawien, RU = Russische Föderation, RS = Serbien, CH = Schweiz, SG = Singapur, ZA = Südafrika, KR = Süd-Korea, MK = Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, TT = Trinidad und Tobago, TN = Tunesien, TR = Türkei, TZ = Tansania, UA = Ukraine, UY = Uruguay, ZU = Usbekistan, US = Vereinigte Staaten von Amerika, VN = Vietnam, BY = Weißrussland.

„**Datum**“ - bitte in folgender Form angeben: TAG/MONAT/JAHR z.B. 02.03.2014 = 2. März 2014. Bitte geben Sie das Antragsdatum an und nicht das Datum der Erteilung des Schutzrechts für die Pflanzensorte, das Datum der Aufnahme in die Sortenliste oder das Datum der Patentausstellung für die Pflanzenart.

„**Behörde**“ – Sie können die Behörde mit ihrer jeweiligen Abkürzung benennen:

- z. B. INOV = *Instance Nationale des Obtentions Végétales* / FR
- BSA = *Bundessortenamt* / DE
- PVRO = *Plant Variety Rights Office* / UK
- NAKT = *Naktuinbouw* / NL usw.

In der Spalte „**Stand**“ bitte folgende Abkürzung verwenden:

- A – Antrag anhängig
- B – Antrag zurückgewiesen
- C – Antrag zurückgezogen
- D – Sortenschutz/Patent erteilt; oder die Sorte ist in die amtliche Sortenliste eingetragen

**PUNKT 7 – ZEITVORRANG**

Ein Anspruch auf Zeitvorrang muss sich auf den frühesten vorherigen Antrag auf ein Schutzrecht für dieselbe Sorte beziehen, den Sie oder Ihr Rechtsvorgänger in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem UPOV-Verbandsstaat oder -Mitgliedsorganisation gestellt haben/hat. Um den Zeitvorrang geltend zu machen, muss dieser am frühesten eingereichte, vorausgehende Antrag innerhalb der diesem Antrag vorausgehenden 12 Monate gestellt worden sein und noch fortbestehen. Von der zuständigen Behörde beglaubigte Abschriften des früheren Antrags müssen beim gemeinschaftlichen Sortenamt innerhalb von drei Monaten nach dem erteilten Antragsdatum eingegangen sein.

**PUNKT 8 – WURDE DIE SORTE BEREITS IN VERKEHR GEBRACHT ODER AUF ANDERE WEISE ZUR NUTZUNG AN ANDERE ABGEGEBEN?**

Bitte **alle drei** Fragen (08.01, 08.02 und 08.03) mit JA oder NEIN beantworten. Sollte Frage 08.03 entfallen, bitte entsprechend vermerken. Wenn die Fragen mit JA beantwortet werden, geben Sie bitte das genaue Datum und das Land an. Die Jahresangabe allein, z.B. „2015“, ist nicht ausreichend.



Ein Sortenschutzrecht kann nur dann erteilt werden, wenn die Sorte neu ist. Eine Sorte ist nicht neu, wenn sie verkauft oder durch den Züchter bzw. mit seiner Zustimmung anderweitig genutzt wurde:

- innerhalb des Gebiets der Gemeinschaft länger als ein Jahr vor Antragsdatum;
- außerhalb des Gebiets der Gemeinschaft länger als vier (4) Jahre oder bei Bäumen und Reben länger als sechs (6) Jahre vor Antragsdatum.

Vom Antragsteller wird erwartet, dass ausreichend Vorsorge getroffen wurde, um sicherzustellen, dass ein Verkauf oder eine vergleichbare Nutzung nicht früher als erlaubt stattgefunden hat.

Folgende Nutzungsarten des Materials einer Sorte beeinträchtigen die Neuheit nicht:

- Nutzung durch eine amtliche Stelle aufgrund gesetzlicher Regelungen oder durch andere aufgrund sonstiger Rechtsverhältnisse zum ausschließlichen Zweck der Erzeugung, Fortpflanzung, Vermehrung, Aufbereitung oder Lagerung, solange der Züchter die ausschließliche Verfügungsbefugnis behält und keine weitere Nutzung auf andere übertragen wird;
- Nutzung von Material, welches von Pflanzen erzeugt wurde, die zu Versuchszwecken oder zu Zwecken der Züchtung oder Entdeckung und Entwicklung anderer Sorten angebaut wurden, und welches nicht zur weiteren Fortpflanzung oder Vermehrung verwendet wird, sofern nicht zum Zwecke der Nutzung auf die Sorte Bezug genommen wird;
- Nutzung, die unmittelbar oder mittelbar auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass der Züchter die Sorte auf einer amtlichen oder amtlich bestätigten Ausstellung ausgestellt hat.

#### **PUNKT 9 – TECHNISCHE PRÜFUNG**

Wenn eine technische Prüfung entweder hinsichtlich der nationalen Zulassung oder im Hinblick auf die Erteilung eines nationalen Schutzrechts bereits durchgeführt wurde oder derzeit durchgeführt wird, kann das Amt die Übernahme der Prüfungsberichte vorsehen.

#### **PUNKT 11 - ANTRAGSGEBÜHREN**

Die Antragsgebühren (650 EURO für Anträge in Papierform bzw. 450 EURO für elektronisch gestellte Anträge) sind auf das Bankkonto des Amtes zu überweisen. Die Zahlung hat **vor** oder **an** dem Tag zu erfolgen, an dem der Antrag eingeht. Angaben zur Gebührenzahlung sind auf dem beigefügten Formular „Angaben zur Zahlung von Gebühren“ für jede Sorte getrennt zu machen. Bitte beachten Sie, dass das Amt kein endgültiges Anmeldedatum vergibt, wenn die Zahlung nicht auf dem Bankkonto des Amtes eingegangen ist oder die Zahlung aufgrund von unvollständigen Angaben vom Amt nicht zugeordnet werden kann. Eine weitere Folge daraus ist, dass der Antrag nicht im Amtsblatt des Gemeinschaftlichen Sortenamtes veröffentlicht wird.

#### **PUNKT 12 - BEIGEFÜGTE DOKUMENTE**

Bitte ankreuzen, welche Dokumente Sie beigefügt haben.

#### **PUNKT 13 – ALLGEMEINE BEMERKUNGEN**

Dieses Feld steht Ihnen zur Verfügung für jede andere Information, die für die Bearbeitung des Antrages hilfreich sein kann.

## **ANHANG II** **Gebührenstruktur**

Die Gebührenstruktur beruht auf der Gebührenordnung (EG) Nr. 1238/95, abgeändert durch Verordnung (EG) Nr. 329/2000, Verordnung (EG) Nr. 569/2003, Verordnung (EG) Nr. 1177/2005, Verordnung (EG) Nr. 2039/2005 Verordnung (EG) Nr. 572/2008 und Verordnung Nr. 1294/2014.

### **1. Antragsgebühr:**

**Anträge in Papierform ..... EUR 650**  
**elektronisch gestellte Anträge ..... EUR 450**

Zahlungstermin: Die Zahlung der Antragsgebühr hat **vor** oder **an** dem Tag zu erfolgen, an dem der Antrag beim Amt eingeht. Wenn das Amt feststellt, dass die Zahlung dieser Gebühr nicht gleichzeitig mit dem Antrag eingegangen ist, wird der Antragsteller über eine Empfangsbestätigung entsprechend darüber informiert und aufgefordert, die Antragsgebühr innerhalb von zwei Wochen nach Ausstellungsdatum des Formulars zu entrichten. Nach Ablauf dieser zweiwöchigen Frist stellt das Amt dem Antragsteller eine neue Zahlungsaufforderung zu und das vorläufig festgesetzte Antragsdatum wird aufgehoben. Geht die Antragsgebühr innerhalb eines Monats nach Versenden der Mahnung beim Amt ein, so wird das Antragsdatum auf den Tag des Zahlungseinganges festgesetzt. Wenn die Antragsgebühr nicht innerhalb eines Monats nach Ausstellungsdatum dieser neuen Zahlungsaufforderung eingeht, so wird der Antrag als nicht gestellt betrachtet.

Um das Amt bei der Bearbeitung der Zahlungen von Antragsgebühren zu unterstützen, stellen Sie bitte sicher, dass die folgenden Angaben auf dem Überweisungsauftrag an die Bank erscheinen: Bezeichnung, Sorten und Gebührenart (Antragsgebühr) sämtlicher Anträge, auf die sich die Zahlung bezieht.

Wenn auf dem Überweisungsformular selbst zu wenig Platz ist, senden Sie diese Angaben zusammen mit den Angaben zu Ihrer Zahlung (Name des Überweisenden, Adresse, Datum der Zahlung, Gesamtwert der Zahlung in Euro) entweder über E-Mail, Fax oder auf dem Postweg bitte direkt an das Amt.

### **2. Prüfungsgebühren (siehe Anhang III)**

Die Prüfungsgebühren wurden auf der Grundlage der derzeitigen Gebührenordnung festgelegt. Die für die jeweilige Anbauperiode zu entrichtenden Gebühren sind abhängig von der Art, zu der Ihre Sorte gehört. Der Betrag schwankt zwischen mindestens 1.530 Euro und maximal 3.050 Euro. Jede Art wird einer der 14 Kostengruppen zugewiesen. Die vollständige Liste der Arten mit der jeweiligen Kostengruppe kann entweder auf der Website oder in der Sonderausgabe S2 des Amtsblattes des Gemeinschaftlichen Sortenamtes eingesehen werden.

#### **Prüfungsgebühren sind fällig:**

- a.) für jede Anbauperiode;
- b.) im Falle von Hybriden bestimmter landwirtschaftlicher Arten für jeden Bestandteil, für den eine amtliche Beschreibung nicht verfügbar ist und eine Prüfung verlangt wird.

#### **Zahlungstermine:**

**Erste Anbauperiode:** Die Zahlung muss bis zum für den Erhalt des Pflanzenmaterials für die technische Prüfung festgelegten Stichtag erfolgen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Prüfung NICHT erfolgt, wenn die Zahlung nicht spätestens bis zu diesem Termin eingegangen ist.

**Folgende Anbauperiode(n):** 1 Monat vor Beginn einer solchen Periode.

Wenn die Zahlung nicht spätestens bis zu dem Datum eingegangen ist, kann die Prüfung eingestellt werden, was möglicherweise dazu führt, dass der Antragsteller für die Sorte eine Anbauperiode versäumt.

Für jede Anbauperiode werden Sie vom Amt eine Zahlungsaufforderung erhalten.

### **3. - Berichtsübernahmegebühren ..... EUR 320**

In den Fällen, in denen das Sortenamt einen Bericht über das Ergebnis der technischen Prüfung einer Sorte nutzt, die zuvor für offizielle Zwecke in einem Mitgliedstaat durchgeführt wurde, wird eine Verwaltungsgebühr von 320 EURO erhoben.

Zahlungstermin:

30 Tage nach Ausstellungsdatum der Zahlungsaufforderung für die Berichtsgebühr durch das Amt.

### **4. Jahresgebühren**

Für Jahresgebühren die ab dem 01. Januar 2017 fällig sind wurde die Jahresgebühr auf eine Pauschale von 330 EURO pro Sorte und Schutzjahr festgelegt.

**Zahlungstermin:**

Die erste Jahresgebühr ist innerhalb von 60 Tagen nach Schutzerteilung fällig.

Die Jahresgebühren für die folgenden Schutzjahre sind fällig am ersten Tag des Kalendermonats, der dem Kalendermonat vorangeht, in dem das gemeinschaftliche Sortenschutzrecht erteilt wurde:

**Beispiel:**

Datum der Erteilung des gemeinschaftlichen Sortenschutzrechtes: 22.04.2013

Zahlungstermin für die erste Jahresgebühr: 21.06.2013

Danach sind die Jahresgebühren jeweils am ersten Kalendertag des Monats fällig, der dem Jahrestag der Erteilung des gemeinschaftlichen Sortenrechts vorausgeht.

Im obigen Beispiel:

Zahlungstermin für die zweite Jahresgebühr: 01.03.2014

Zahlungstermin für die dritte Jahresgebühr: 01.03.2015

usw.

Das Sortenamt verschickt jedes Jahr Zahlungsaufforderungen.

Die Jahresgebühr wird jedes Jahr während der Gültigkeitsdauer des gemeinschaftlichen Sortenschutzrechtes erhoben. Das Jahr beginnt mit dem Datum der Ersterteilung des gemeinschaftlichen Sortenschutzrechtes. Möchte der Inhaber eines Rechtes also auf sein Recht verzichten, so muss die Verzichtserklärung vor Beginn eines neuen Schutzjahres beim Amt eingehen. Die erste Jahresgebühr ist stets fällig.

Fortsetzung des obigen Beispiels:

Möchte der Inhaber eines Rechtes am Ende des 2. Schutzjahres auf sein Recht verzichten, so muss die Verzichtserklärung **bis zum 21. April 2015 beim Amt eingehen.**

Wird die Benachrichtigung des Amtes innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraumes versäumt, führt dies zur Erhebung der Jahresgebühr für das folgende Jahr.

Bitte beachten Sie, dass das Amt keine Zahlungen erstattet, die geleistet wurden, um ein Recht weiterhin geltend zu machen.

### **5. Beschwerdegebühren: .....EUR 1 500**

Ein Drittel der Beschwerdegebühr ist vom Beschwerdeführer am Datum des Eingangs der Beschwerde beim Amt zahlbar. Die restlichen zwei Drittel sind auf Anfrage des Amtes innerhalb eines Monats nach Vorlage der Beschwerde vor der Beschwerdekammer zahlbar.

Die Beschwerdegebühr wird im Falle einer Abhilfe auf Anweisung des Präsidenten erstattet und in anderen Fällen auf Anweisung der Beschwerdekammer, es sei denn, der Erfolg der Beschwerde ist auf zum Zeitpunkt der ursprünglichen Entscheidung nicht verfügbare Fakten zurückzuführen.

## ANHANG III

### GEBÜHREN FÜR TECHNISCHE PRÜFUNGEN

		Gebühr
	Landwirtschaftliche Arten	(in EUR)
1	Kartoffeln	1 760
2	Raps	1 860
3	Gräser	2 430
4	Andere landwirtschaftliche Arten	1 530

	Obstarten	
5	Apfel	3 050
6	Erdbeeren	2 920
7	Andere Obstarten	2 810

	Zierpflanzenarten	
8	Arten mit lebender Referenzsammlung, Gewächshaustest	2 020
9	Arten mit lebender Referenzsammlung, Freilandtest	1 960
10	Arten ohne lebende Referenzsammlung, Gewächshaustest	1 940
11	Arten ohne lebende Referenzsammlung, Freilandtest	1 730
12	Arten mit besonderen Anforderungen	3 350

	Gemüsearten	
13	Arten, Gewächshaustest	2 360
14	Arten, Freilandtest	2 150